

Rentenpolitik mit Scheuklappen

Veröffentlicht: 23. Juli 2025 auf LinkedIn

<https://www.linkedin.com/pulse/rentenpolitik-mit-scheuklappen-uwe-schroeder-wildberg>

„Nach Jahren des Stillstands und des Herumdokterns, so hatte ich gehofft, würde die neue Bundesregierung endlich eine realitätsbezogene Rentenpolitik einläuten. Die Strukturprobleme und die immer größer werdenden Finanzierungslöcher der gesetzlichen Rentenkasse sind ja hinlänglich bekannt und analysiert – höchste Zeit zu handeln. Stattdessen: mutmaßlich wirkungsarme Vorschläge wie die Aktivrente, Festhalten an Wohltaten wie der so genannten „Rente mit 63“ und eine neue Rentenkommission. Auch die neue Regierung ist in der Rentenpolitik mit Scheuklappen unterwegs.“

DR. UWE SCHROEDER-WILDBERG
Vorstandsvorsitzender der MLP SE



Auch die neue Bundesregierung ignoriert die Grundprobleme des Rentensystems

Nach Jahren des Stillstands und des Herumdokterns, so hatte ich gehofft, würde die neue Bundesregierung endlich eine realitätsbezogene Rentenpolitik einläuten. Die Strukturprobleme und die immer größer werdenden Finanzierungslöcher der gesetzlichen Rentenkasse sind ja hinlänglich bekannt und analysiert – höchste Zeit zu handeln. Stattdessen: mutmaßlich wirkungsarme Vorschläge wie die Aktivrente, Festhalten an Wohltaten wie der so genannten „Rente mit 63“ und eine neue Rentenkommission. Auch die neue Regierung ist in der Rentenpolitik mit Scheuklappen unterwegs.

Vor kurzem wies das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) darauf hin, dass von den 19,5 Millionen Babyboomern – also Menschen der geburtenstarken Jahrgänge 1954 bis 1969 – bereits 4,5 Millionen eine Altersrente beziehen. Und davon haben 0,9 Millionen bzw. 20 Prozent das gesetzliche Renteneintrittsalter noch nicht erreicht. Rund 270.000 Menschen gingen allein vergangenes Jahr ohne Abschlüsse vorzeitig in Rente.

Die Experten schlagen zu Recht Alarm: „Ziel der Politik“, schreibt das IW, „sollte es sein, die geburtenstarken Jahrgänge möglichst lange im Erwerbsleben zu halten, um die demografische Welle zu glätten.“ Das Institut fordert: höhere Rentenabschläge bei frühzeitigem Renteneintritt und Abschaffung der abschlagfreien Rente für besonders langjährige Versicherte, gemeinhin bekannt als „Rente mit 63“ (mittlerweile liegt das Mindestalter bei mehr als 64 Jahren). Die Bundesbank argumentiert ähnlich.

Aktivrente: Steueranreiz droht ins Leere zu laufen

Doch davon scheint die schwarz-rote Berliner Koalition nichts wissen zu wollen. Vor allem für die Sozialdemokraten bleibt die „Rente mit 63“ ein Herzensthema. Die CSU möchte ihre Mütterrente, für die nie Beiträge eingezahlt wurden, sogar noch ausweiten. Und das Rentenpaket, das Arbeits- und Sozialministerin Bärbel Bas jüngst vorgelegt hat, bezeichnen die Deutschen Arbeitgeberverbände etwas dramatisch als „teuerstes Sozialgesetz dieses Jahrhunderts“.

Auf der Ausgabenseite stehen also die Zeichen eher auf „Weiter so“ als auf Reform. Stattdessen will sich die Bundesregierung mit einer Aktivrente behelfen, die vor allem von der CDU gefordert wird: Wer über das gesetzliche Rentenalter hinaus arbeitet, soll bis zu 2.000 Euro pro Monat steuerfrei hinzuverdienen können. Die Politik sieht darin auch ein Mittel, um dem Fachkräftemangel zu begegnen, da gerade viele Babyboomer in sogenannten Engpassberufen arbeiten.

Ob der Steuerbonus in der Breite der Bevölkerung aber wirklich zur längeren Lebensarbeit führt, erscheint zweifelhaft. Forscher des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) gehen etwa davon aus, dass das verfügbare Einkommen durch die Aktivrente um etwa 5,5 Prozent steigen und dies nur 5.000 bis 15.000 Ruheständler mehr zum Arbeiten bewegen würde.

Unangetastet bleibt die 2014 eingeführte „Rente mit 63“ – mit oder ohne Abschläge; dabei gehört sie zu den gravierendsten Fehlkonstruktionen der Rentenpolitik. Den vorzeitigen Ruhestand muss man sich leisten können. Erhebungen zeigen dann auch, dass gerade gut ausgebildete und entsprechend verdienende Facharbeiter diese Chance nutzen, während Menschen mit geringem Einkommen und Vermögen das reguläre Renteneintrittsalter abwarten müssen. Die vorgezogene Rente ist eben nicht (nur) der Ausweg für den hart arbeitenden „Malocher“, wie es die frühere Arbeitsministerin Andrea Nahles, die heute die Bundesagentur für Arbeit leitet, glauben machen wollte. Der Fachkräftemangel wird durch diese sozio-ökonomischen Effekte sogar eher verschärft.

Warum gehen die Jungen nicht auf die Straße?

Vor allem aber lösen all diese Konzepte nicht das altbekannte, aber eben immer größer werdende Grundproblem der gesetzlichen Rente: Der Renteneintritt der Babyboomer-Generation wird die Last auf den Schultern der aktiven Beitragszahler weiter deutlich erhöhen, zulasten der Generationengerechtigkeit. Aktuell stehen einem Altersrentner 2,1 Beitragszahler gegenüber, Anfang der 1960er Jahre war das Verhältnis 1 zu 6. Prognosen des IW Köln zufolge kommen im Jahr 2030 auf einen Rentner noch 1,5 Beitragszahler.

Noch dazu finanziert die Rentenkasse (mit erheblicher Unterstützung des Bundes) zahlreiche beitragsfremde Leistungen, die nicht durch Beiträge gedeckt sind, sondern aus politischen Entscheidungen resultieren, seien das Zuschläge zur Grundrente oder Kindererziehungszeiten. Rund 134 Mrd. Euro sieht der Bundeshaushalt 2025 für die Rentenversicherung sowie für

Grundsicherung im Alter und Erwerbsminderung vor – das sind mittlerweile gut 70 Prozent des gesamten Etats von Ministerin Bas und mehr als 26 Prozent des gesamten Bundeshaushalts.

Der Beitragssatz von derzeit 18,6 Prozent soll laut Ende Juni veröffentlichtem Gesetzesentwurf im Jahr 2030 die 20-Prozent-Marke knacken und bis 2040 weiter auf 21,5 Prozent steigen. Alles zusammen keine guten Aussichten für Steuer- und Beitragszahler! Doch das Thema Altersabsicherung erscheint vielen, insbesondere Jüngeren, abstrakt und weit weg, so dass es sich offenkundig nicht zur Mobilisierung im großen Stil eignet. Dabei hätten Sie allen Grund, für eine faire Lastenverteilung auf die Straße zu gehen.

Ehrliche Diskussion über die Grundprobleme

Wieder einmal krankt die Rentendiskussion daran, dass sie von der Politik mit Scheuklappen geführt wird. Dabei sind die Zahlen eindeutig und zeigen, dass alle Versicherten länger arbeiten müssen, um die Finanzierbarkeit des Systems langfristig sicherzustellen. Private und betriebliche Vorsorgemodelle gehören ohnehin in den Baukasten für die Alterssicherung. Und was beschließt die Regierung? Vor allem die Einsetzung einer Rentenkommission, wieder einmal. Die startet dann irgendwann im kommenden Jahr. Als ob wir beim Thema Rente ein Erkenntnis- und kein Umsetzungsproblem hätten.